

Reformbedarf

Es ist Bewegung gekommen in die Debatte um die Straßenausbaubeiträge. Das kann sich Peter Vida von den Freien Wählern durchaus als Erfolg ans Revers heften. Sein Antrag im Landtag hat zwar keine Erfolgsaussichten, die Drohung einer Volksinitiative anderthalb Jahre vor der Landtagswahl hat das Regierungslager aber unter Handlungsdruck gesetzt. Doch statt die leidigen Kosten abzuschaffen, sollen erst einmal Daten gesammelt werden. Klingt wie

ein typisches Spiel auf Zeit. Ist es vielleicht auch. Aber die Lage ist so kompliziert, dass man vor hektischem Aktionismus nur warnen kann. Es ist vernünftig, bei den Kommunen erst einmal nachzufragen, wie viel Geld sie über ihre Bürger einnehmen, wenn Straßen ausgebaut werden. Es ist auch sinnvoll, sich die Reformen näher anzusehen, die gerade in den anderen Bundesländern laufen. Man muss die Fehler der anderen nicht wiederholen, wenn man die

Bürger entlasten will. Wenn - denn ob es jemals dazu kommt, ist offen. An der Zeit wäre es. Straßenausbau ist ein Gebiet, das gesäumt ist von Ungerechtigkeiten. Es ist kaum vermittelbar, dass ein Anwohner Tausende Euro an Beiträgen zahlen soll, während der Nachbar einen Block weiter verschont wird, weil es sich um eine Bundesstraße handelt und hier der Bund die Kosten übernimmt. Seite 10